

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Bedel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr. für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.
Agent für London & Queensf. Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.
Fälliger Expedition für die Vereinigten Staaten: F.A. Sorge, Box 101, Hoboken N.J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

An die Parteigenossen!

Die Redaktion theilt uns mit, daß die lokalen Vereins- und Versammlungsberichte bisweilen wieder in einem für den Raum und die Bestimmung unseres Blattes zu umfanglichem Maße eingehen.

Demgemäß erlauben wir uns, die Parteigenossen darauf aufmerksam zu machen, daß der „Volksstaat“, als Centralblatt der über ganz Deutschland verbreiteten Partei, sich nur zur Aufnahme solcher Lokalnachrichten eignet, welche ein allgemeines Interesse haben, Vereins- und Versammlungsnachrichten dagegen, die nur Alltägliches enthalten, in gedrängtester Kürze bringen muß. Von Wichtigkeit sind aber Agitationsberichte, welche sich auf einen längeren Zeitraum und größere Ortsbezirke erstrecken, somit den Parteigenossen einen summarischen Ueberblick über den Stand der Dinge gewähren. Daß die Polemik gegen die andern Arbeiterfraktionen nach Möglichkeit zu vermeiden sei, ist einleuchtend, und bringen wir dies nur deshalb hier zur Erinnerung der Parteigenossen, um wiederholt dem Wunsch nach Einigung aller Arbeiter Ausdruck zu geben.

Im Uebrigen machen wir darauf aufmerksam, daß der Stuttgarter Kongreß unsere Redaktion ermächtigt hat, unwichtige Vereins- und Versammlungsberichte zu kürzen.

Leipzig. Der provisorische Ausschuss.

Die Vertrauensmänner

der Partei werden dringend ersucht, möglichst bald Berichte über die Parteilage (Zahl der Mitglieder, Kassenverhältnisse, Agitation u. s. w.) an uns einzusenden, behufs Berichterstattung an den Kongreß. Möge Jeder seine Pflicht erfüllen!

Der prov. Ausschuss.

Politische Uebersicht.

Unsere Bourgeoispreffe jubilierte vor ein paar Tagen über das den Pariserer bei Asnières und Neuilly abgewonnene Terrain, verschiebend aber, daß dieser Punkt der schwächste der Pariser Verteidigungsstellung ist, daß es somit eine bedeutende militärische Leistung genannt werden muß, wenn die Armee der Kommune den Einbruch der Versailler durch jene Lücke drei Wochen hindurch zu verhindern gewußt und während dessen ruhig ihre Organisation fortgesetzt und vollendet hat. Die neueste Page ist nun die, daß die Hédérin die Versailler wieder aus Neuilly und Asnières hinausgeworfen haben.

Das Programm der Kommune wird im „Journal officiel“ also entwickelt:

„Die Kommune hat die Pflicht, zu bezeugen und festzustellen die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung von Paris, den Charakter der Bewegung vom 18. März festzustellen, welche von den Politikern von Versailles weder begriffen noch gekannt, vielmehr verkleumet wird. Noch einmal hat Paris gearbeitet und gelitten für ganz Frankreich, dessen geistige, moralische, administrative und wirtschaftliche Wiedergeburt, dessen Ruhm und Geheiß es durch seine Kämpfe und Opfer vorbereitet. Was verlangt Paris? Es verlangt die Anerkennung und Befestigung der Republik, absolute, auf alle Ortlichkeiten Frankreichs ausgedehnte Gemeinde-Selbstverwaltung, durch welche einer jeden Gemeinde die Unversehrtheit ihrer Rechte und jedem Franzosen volle Ausübung seiner Fähigkeiten und Anlagen als Mensch, Bürger und Arbeiter zugesichert würde. Die Kommune hat kein anderes Ziel als das Recht auf Gemeindeverwaltung, welches alle anderen ihr zusammenden Ge-meinden gleichmäßig genießen sollen. Die der Kommune innewohnenden Rechte sind: Abstimmung über das Gemeindebudget der Ausgaben und Einnahmen, Festsetzung und Verteilung der direkten Steuern, lokaler Polizeidienst und Unterricht, Verwaltung der Gemeindegüter, Anstellung der verantwortlichen Richter und Gemeindebeamten jedes Ranges durch Wahlen oder Bewerbung mit der beständigen Befugnis der Kontrolle und Abschaffung, absolute Gewährleistung der Freiheit der Person, des Gewissens und der Arbeit, beständige Intervention der Bürger in die Gemeindeangelegenheiten durch freie Kundgebungen ihrer Ideen und freie Verteidigung ihrer Interessen; Kundgebungen, denen die Kommune Garantien geben wird, die Kommune, welche allein beauftragt ist, die freie und gerechte Ausführung des Rechtes der Versammlung und Öffentlichkeit zu überwachen und zu sichern. Der Kommune stehterner die Organisation der städtischen Verteidigung und der Nationalgarde zu, welche ihre Führer wählt und allein über die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt wacht. Paris verlangt nichts mehr unter dem Titel von lokalen Garantien, unter der Bedingung, woherherkommen, in der großen Centralverwaltung der Delegation der verbündeten Regierungen die Bewirklichung und Handhabung derselben Prinzipien wiederzuerlangen, aber zu Gunsten seiner Autonomie und von seiner Aktionsfreiheit Gebrauch machend. Paris behält sich vor zu handeln, wie es selbst für gut befindet. Die Kommune will administrative und wirtschaftliche Reformen, welche die Bevölkerung fördert, sie will Institutionen, die geeignet wären, den Unterricht, die Produktion, den Umlauf und den Credit zu entwickeln und zu verbreiten, sie will das Vermögen und das Eigentum verallgemeinern nach den Notwendigkeiten des Moments, dem Wunsch der Interessierten und den durch die Erfahrung gegebenen Lehren. Andere Feinde täuschen sich oder täuschen das Land, wenn sie Paris anklagen, dem Rest des Landes seinen Willen oder seine Suprematie auflegen zu wollen und die Diktatur zu beanspruchen, welche ein Attentat gegen die Unabhängigkeit und Souveränität der anderen Kommunen wäre. Sie täuschen sich, wenn sie Paris anklagen, die Einheit Frankreichs, welche durch die Revolution geschaffen worden ist, zerbrechen zu wollen. Eine Einheit, wie diejenige, welche uns bis zum heutigen Tage durch das Kaiserreich und den Parlamentarismus aufgezwungen wurde, ist nichts als despotische, geistlose, willkürliche, föhliche Centralisation. Die politische Einheit dagegen, welche Paris verlangt, besteht in der freiwilligen Assoziation sämtlicher Gemeindeglieder, der freien Mitwirkung aller individuellen Thätigkeiten zu dem einzigen Zweck, das Gemeinwohl, die Freiheit und Sicherheit Aller zu fördern. Die kommunale Umwälzung, welche durch die Initiative des Volkes am 18. März begonnen wurde, leitet eine neue politische und wirtschaftliche Aera ein. Sie bedeutet das Ende der alten gouvernementalen, Aristokratischen, des Militarismus, der Bureaucratie, der Ausbeutung des Landes, der Agitation, der Monopole und Privilegien, welchen das Proletariat seine Knechtschaft und den größten Theil seines Unglücks und seiner Leiden zu verdanken hat. Der zwischen Paris und Versailles begonnene Kampf

ist ein solcher, welcher nicht durch eingebildete Kompromisse beendet werden kann, aber der Ausgang kann nicht zweifelhaft sein. Der Sieg, welchen die Nationalgarde mit unerschütterlicher Energie verfolgt, wird der Idee und dem Recht bleiben. Wir rufen Frankreich, welches weiß, daß das bewaffnete Paris ebenso viel Ruhe und Tapferkeit besitzt, daß die Ordnung und ebenso viel Energie als Enthusiasmus aufrecht erhält, daß es sich ebenso bewußt wie beiden nützlich aufopfert; und daß es nur aus Hingebung für die Freiheit, um den Ruhm Aller die Waffen ergreifen hat. Möge Frankreich diesem blutigen Kampfe ein Ende machen, an Frankreich ist es, durch eine feierliche Kundgebung seines unwiderstehlichen Willens Verfallens zu entwaschen. — Es ist bezaubernd, die Wohlthaten unserer Errungenschaften mit zu genießen, möge es erklären, daß es auch unsere Anstrengungen theilt und in dem Kampfe, welcher nur enden kann entweder durch den Sieg der Gemeindefreiheit oder den Ruin von Paris, unser Verbündeter sei. Was uns betrifft, Bürger von Paris, so haben wir die Mission, die großartige und folgenschwerste Revolution der Neuzeit durchzuführen. Auf uns ruht die Pflicht, zu siegen oder zu sterben.“

Das in voriger Nummer auszüglich mitgetheilte Dekret der Pariser Kommune betreffs der Organisation der Arbeit lautet wörtlich: „Die Kommune von Paris, in Erwägung, daß eine Anzahl von Werkstätten von ihren Arbeitern im Stich gelassen worden sind, die sich den Bürgerpflichten entziehen wollten und um die Interessen der Arbeiter nicht weiter kümmern; in Erwägung, daß in Folge dieser feigen Entfernung zahlreiche für das Gemeinleben wichtige Arbeiten unterbrochen sind und die Existenz der Arbeiter selbst gefährdet ist, verfügt: Die Arbeiter-Syndikatskammern werden einberufen behufs Einsetzung einer Untersuchungskommission, deren Aufgabe ist: 1) Eine Statistik der im Stich gelassenen Werkstätten und ein genaues Inventar derselben aufzustellen; 2) einen Bericht darüber zu erstatten, wie diese Werkstätten auf eine praktische Art baldmöglichst und zwar nicht durch die Deserteure, welche sie im Stich gelassen haben, sondern durch eine cooperative Gesellschaft der in ihnen zuvor beschäftigten Arbeiter wieder in Betrieb gesetzt werden könnten; 3) den Entwurf einer Verfassung für die cooperativen Arbeitergesellschaften auszuarbeiten; 4) eine schiedsrichterliche Jury einzusetzen, welche bei der Rückkehr der genannten Herrschaften über die Bedingungen der definitiven Abtretung der Werkstätten an die Arbeitergesellschaften und über die Quote der von den Gesellschaften an die Herrschaften zu zahlenden Entschädigung zu erkennen hätten. Diese Untersuchungskommission soll ihren Bericht an die Kommission der Kommune für Arbeit und Bekehr erstatten, welche dann der Kommune in kürzester Frist den Entwurf eines Dekrets vorzulegen hat, das den Interessen der Gemeinde und der Arbeiter Genugthuung verschaffen soll. Paris, 16. April 1871.“

Zum Beweise, daß in der Pariser Revolution bewußte Männer an der Spitze sind, veröffentlichen wir einige Stellen aus einem Privatbriefe, den ein einflussreiches Mitglied der Kommune an einen Freund in Süddeutschland schrieb. Der Brief ist vom 11. März, als noch volle äußere Ruhe in Paris und Frankreich herrschte und überrascht durch die zuverlässliche Klarheit, mit der er die kommenden Ereignisse durchschaut.

Die Stellen lauten:

„Au milieu de l'horrible désastre je reste accablé mais non désespéré. Nous avons perdu la 1^{re} partie, mais tout n'est pas fini et la réaction se flate en triomphant déjà, la République pas plus que la Révolution n'est pas morte et si nous devons être écrasés, ce ne sera pas sans combat. Vous le voyez, je n'ai pas perdu tout espoir; cinq mois de lutttes politiques incessantes m'ont aguerri mais non abattu et malgré prussiens, bourgeois et monarchistes je crois lutte et triomphe possibles et même probables.“

„Ce me serait un bien grand plaisir de Vous voir, ce me serait un joie de vous faire partager mon opinion ou plutôt l'éclatante vérité qui nous conduit. En attendant prenez ce fil conducteur pour la critique des événements de cette guerre: la réaction gouvernementale et bourgeoise en haine de la Révolution a livré le pays au prussien.“

„Je n'ai pas besoin, de Vous dire que mes sentiments pour l'Allemagne sont restés les mêmes, Vous le savez déjà. — Je ne puis retourner près de Vous, la lutte est ici trop active, quitter serait déserteur. Je ne quitterai La France que vaincu et chassé, ou plutôt j'y resterai pour triompher avec cette petite minorité révolutionnaire, qui durant 5 mois a tenu en échec par son énergie la réaction et la trahison et qu'il a fallu assassiner pour fair céder.“

In deutscher Uebersetzung:

„Inmitten des schrecklichen Unglücks bin ich erschüttert aber nicht verzweifelt. Die erste Partie haben wir verloren, aber Alles ist noch nicht zu Ende und die Reaktion giebt sich einer angenehmen Selbsttäuschung hin, wenn sie schon jetzt triumphirt; die Republik ist so wenig todt wie die Revolution, und wenn wir erliegen müssen, so wird es nicht ohne Kampf geschehen. — Sie sehen, ich habe nicht alle Hoffnung verloren; fünf Monate unablässigen politischen Kampfs haben mich abgehärtet aber nicht niedergeschlagen, und trotz Preußen, Bourgeois und Monarchisten halte ich Kampf und Sieg für möglich — ja für wahrscheinlich.“

„Es wäre mir ein großes Vergnügen, Sie zu sehen; eine Freude wäre es für mich, Sie theilen meine Meinung, oder richtiger: die glänzende Wahrheit, welche uns führt. Inzwischen nehmen Sie als Leitfaden für die Beurtheilung der Ereignisse dieses Krieges: Die Regierungs- und Bourgeois-Reak-

tion hat aus Haß gegen die Revolution das Land den Preußen überliefert.“

„Ich habe nicht nöthig, Ihnen zu sagen, daß meine Gefühle für Deutschland dieselben geblieben sind; das wissen Sie schon. Ich kann nicht zurückkehren, der Kampf ist hier zu lebhaft; weggehen hieße desertiren. Ich werde Frankreich nicht verlassen, außer besiegt und verjagt, oder vielmehr: ich werde dableiben, um mit jener kleinen revolutionären Minorität zu triumphiren, die fünf Monate lang durch ihre Energie die Reaktion und den Verrath in Schach gehalten hat, und die man meucheln muß, um sie weichen zu machen.“

Man vergleiche diese edle, einfache Sprache des Pariser Revolutionsmanns mit dem unwürdigen Geschimpfe und Gezer der europäischen „Ordnungsmänner“ und man sieht auf den ersten Blick, wo Vernunft, Ueberzeugung und Siegesgewißheit zu finden sind.

Ja, aus „Haß gegen die Revolution“, aus Furcht vor der Revolution „hat die französische Regierungs- und Bourgeoisreaktion das Land den Preußen überliefert.“ Die Kapitulation von Paris war ein mit Bismarck (Gladstone und Bunt) verabredeter Staatsstreich zur Verhütung eines Revolutionskriegs; sie war das Sedan der „bonneten“ französischen Bourgeoisie, die, gleich der Bonaparte'schen Dezemberbande, sich mit den Vertretern des preussischen Militär-, Posten- und Polizeistaats solidarisch fühlte. Für unsere Feinde gab es schon längst keine Schranken der Nationalität; die heilige Allianz des Absolutismus, welche seit dem Durchbruch der revolutionären Ideen zu Ende des vorigen Jahrhunderts thatsächlich besteht, ist in ihrem Wesen nicht minder international, wie die Internationale Arbeiter-Assoziation — diese heilige Allianz der Völker, die unsren Feinden gerade deshalb so gefährlich erscheint, weil sie ihnen das „internationale Prinzip“ abgelernt hat.

Man hat uns die „internationale Aktionspartei“ genannt; gut, wir akzeptiren den Namen und unsre Parole sei fortan: internationale Aktion des Proletariats gegen die internationale Reaktion der Bourgeoisie und des Junkerkthums!

Ein Correspondent der Londoner „Daily News“ schreibt zur Widerlegung der über die Kommune fabrizirten Ordnungslügen aus Paris u. A.: „Was meinen allgemeinen Eindruck in Bezug auf die Kommune betrifft, so muß ich vollständig von den Berichterstattern abweichen, welche die Kommunalisten in so schwarzen Farben malen und behaupten, daß dieselben nur einen kleinen Bruchtheil von Paris vertreten. Der Kampf scheint mir entschieden zwischen Paris und den Bauern zu liegen und die große Majorität der Einwohner von Paris sympathisirt von Herzen mit der Kommune. Die Wälle sind mit Leuten jedes Standes bedeckt, darunter auch viele Bürger, die den Nationalgarden Erfolg wünschen. Das Aeußere der Nationalgarden macht keineswegs einen ungünstigen Eindruck, im Gegentheil, ihr achtbares Aussehen überraschte mich sofort und ihre Offiziere stehen in Nichts hinter dem besten Typus des französischen Offiziers zurück. Ein Regiment der Nationalgarden läßt sich sehr gut einem Mobilgarden-ja einem Vinieregiment an die Seite stellen, unzweifelhaft in Bezug auf Aussehen, und wie ich glaube, auch auf die Schlagfähigkeit. Ich kann hinzufügen, daß ich, seit ich in Paris bin, nur einen einzigen Menschen betrunken gesehen, und sowohl im Hotel de ville (Stadthaus) als auch an andern Orten die größte Höflichkeit gefunden habe; und ich glaube, daß jeder vorurtheillose Engländer, der hierher kommt und die unermüdete Energie, die Selbstverleugnung und den Patriotismus dieser Männer sieht, und mit der Korruption des Kaiserreichs und der Nationalversammlung vergleicht, schließlich in den Ruf einstimmen würde, der hier überall erschallt: „Es lebe die Kommune! Es lebe Paris!“

Unter den offiziellen Organen der Preussischen Regierung nimmt bekanntlich, der amtlichen Rangstufe nach, die „Provinzialkorrespondenz“ den obersten Platz ein. Sie kommt unmittelbar nach dem offiziellen „Staatsanzeiger.“ Dieses vornehmste offiziöse Organ der Regierung des „Bildungsstaats“ Preußens genirt sich nicht, die Pariser Vorgänge in dem üblichen Gassenbubentone zu besprechen und die Pariser Sozialdemokratie mit den üblichen Lügen und Verläumdungen zu beehren. In einer der letzten Nummern heißt's unter Andern:

„Im offenen Straßenkampf weiß am Ende noch Jeder, welchen Gefahren er zu trotzen hat; wenn er fällt, fällt er in heißem Blut. Jetzt sind es die geheimen Verurtheilungen, das Fortschleppen ganz unvorbereiteter Personen in nächtlicher Weile vor ein Blutgericht, dessen Beisassen nicht den mindesten Begriff von richterlichen Pflichten haben und die ihre republikanische Gesinnung nicht besser, als durch Behauptung aller Verdächtigen beweisen zu können glauben; — das ist es, was den Kengillchen vornehmelt. Das fürchterliche Wort „Guillotine“ ist in Jedermanns Munde; selbst vernünftige Männer erwarten täglich, die politische Mordmaschine wiederherstellen zu sehen; täglich rothe Griffe ins Eigentum. — Alle Welt steht mit Sehnsucht den Thiers'schen Regimenter entgegen, oder wenn diese nicht kommen — deutschen.“

So läßt sich die „Preussische Provinzialkorrespondenz“ von irgend einem beliebigen Stieber, der aus Paris datirt, schrei-

*) Auch die „Volkszeitung“ schreibt mit der ihr eigenthümlichen Wahrheitsliebe im Wochenbericht vom 23. April: „Leichtfertige Hinrichtungen sind in Paris an der Tagesordnung.“ Diese von der „Volkszeitung“ vollzogene „leichtfertige Hinrichtung“, d. i. Verläumdung der Kommunalisten findet ihre ideelle Erklärung in der aufgedunsenen Schnapsnase eines der Volkszeitungredakteure.

Etwas über Interessenvertretung.

Der Abgeordnete soll, so heißt es in den modernen Verfassungen, nicht der Vertreter eines einzelnen Standes oder einer Corporation sein, sondern der Vertreter des ganzen Volkes. Er soll! Ist er es auch?

Das Wort „Interessenvertretung“ tauchte vor einigen Jahren in Berlin in Grundbesitzerkreisen auf, die ihre Interessen in der neueren Gesetzgebung nicht genug berücksichtigt fanden. Sie beschloßen deshalb, darauf hinzuwirken, daß aus den Wahlen zu der schönen Kollektion (Sammlung) gesetzgebender Körper, mit der Deutschland jetzt gesegnet ist, solche Abgeordnete hervorgingen, welche die landwirtschaftlichen Interessen besonders in Obacht nehmen würden.

Da, rief zugleich der Chorus der liberalen Zeitungen, wo bleibt da die Vertretung des ganzen Volkes? Interessenvertretung, Interessenvertretung! Anathema sit.*)

Sie hatten Recht, die Guten. Hätten sie nur neben dem Splitter im fremden Auge auch den Balken im eigenen gesehen! Aber sie sahen ihn nicht, oder wollten nicht sehen. Hielt ihnen Jemand einen Spiegel vor, so hieß es, der Spiegel sei schlecht gearbeitet, er verzerrte die Züge. Uebrigens merkten sie nichts (so sagten sie weiter) von dem Balken in dem sonst so empfindlichen Auge; sie fühlten sich durchaus als „die Vertreter des ganzen Volkes“. Das Wort „Interessenvertretung“ war damit, wenigstens für die große Masse, erfunden. Gleich nahm man auch die gute Gelegenheit wahr, mit derselben Klappe mehrere Fliegen zu schlagen.

„Die Ultramontanen, und vor allen Dingen die Sozialdemokraten, das sind auch solche Leute, die den allgemeinen Frieden, den wir bisher gehegt und gepflegt, und den unter unserer Obhut kein Hauch getrübt hat, stören wollen, und die ebenfalls spezielle Vertretung spezieller Interessen auf ihre Fahne schreiben!“

Wir nehmen nun vorläufig an, der Vorwurf der speziellen Interessenvertretung gegen die Sozialisten sei gerechtfertigt. Wie stellt sich nun das Verhältnis?

Es ist unschwer zu erkennen, daß der ganze Unterschied darin beruht, daß die Liberalen sich als die Vertreter des ganzen Volkes ausgeben und doch nur ein bestimmtes Klasseninteresse vertreten, während die Anderen ehrlich genug sind, zu sagen: In deinem schönen liberalen Garten, wo alle Gewächse gleichmäßig guter Pflege genießen und gleichmäßig gut gedeihen sollen, kommen wir nicht fort; wir werden von allerlei geilem Pflanzenthume überwuchert, können auch nicht einsehen, daß dies der gerechte und naturgemäße Verlauf sein soll. Auf, thun wir uns etwas, und sehen wir zu, unsere vernachlässigten Interessen künftig besser zu wahren!

Der Liberalismus wird mit allen Deklamationen nicht dagegen aufkommen können, daß seine politischen Prinzipien doch nichts weiter sind, als die Prinzipien der Bourgeoisie, daß die schrankenlose Freiheit der Person, die von ihm so hochgepriesene, in Verbindung mit der durch nichts begrenzten Beweglichkeit der Sachen, diejenigen Institutionen sind, die die Lebenslust der Bourgeoisie bilden.

Nur freilich, sagt der Liberalismus, bieten diese Institutionen auch die Gewähr des Gedeihens für die anderen Klassen, und wo noch etwas zu wünschen übrig bleibt, da sind es „die noch nicht weit genug entwickelten Verhältnisse“ (ein Lieblingswort unserer liberalen Staatsmänner), welche die Schuld daran tragen.

Nun, nicht umsonst jauchzen die verschiedenen liberalen Anancierungen dem neuen deutschen Reich zu. Das neue deutsche Reich bietet ja die Gewähr der „Entwicklung“, die Bourgeoisie handelt, bewußt oder unbewußt in ihrer Begeisterung für dasselbe, nur konsequent. Ist sie verständig, und weiß sie sich in demselben Hause mit der kaiserlichen Monarchie einzurichten (und sie müßte nicht Bourgeoisie sein und müßte keine Geschäfte haben, wenn sie das nicht könnte), so bläht ihr die Aussicht, daß ihr tausendjähriges Reich in Deutschland anbricht. Ja jetzt schon kann das Reich sagen:

„Ich habe schon so viel für dich gethan, daß mir zu thun fast nichts mehr übrig bleibt,“ und hat es ein Recht dazu, wenn es auf seine Zins- und Ziehfreiheit und auf seine Gewerbeordnung hinweist, und kann es noch in diesen Tagen mit Gemuthung auf die neue Vorlage der Haftungspflicht der Unternehmer bei Eisenbahnen, Bergwerken, Fabriken u. sich berufen.

So sieht die Bourgeoisie sich immer mehr ihr Eldorado verkörpert, gegen das sich zu empören lächerlicher Wahnmis ist, wie es Wahnmis ist, sich gegen die Natur zu empören. Und nun tauchen in diesem Eldorado urplötzlich Bestrebungen auf, die gar nicht von der vorausgesagten allgemeinen Zufriedenheit zeugen. Es treten Parteien von den verschiedensten Seiten auf, welche finden, daß die Interessen nicht nur einer ganzen Reihe von Leuten, sondern der Mehrzahl des Volkes in diesem liberalen Paradiese nichts weniger als gewahrt werden, ja daß sie geradezu zu Gunsten anderer Interessen geschädigt werden! Und zwar behauptet die zahlreichste dieser Parteien noch, daß sie gar nicht, wie man etwa den anderen vorwerfen möchte, eine besondere Bevorzugung ihrer Interessen anstrebt, sondern daß die Leute, welche sie vertritt, in dem liberalen Paradiese geradezu Athembeschwerden haben, und daß, wenn man die Sache so gehen ließe, eine ganze Anzahl aus Mangel an dem nöthigen Sauerstoff ganz um's Leben kommen würde. (Und die das behaupten, machen's noch billiger; Andere behaupten, diese angenehme Art des allmählichen Erstickens sei schon eine dauernde Institution unserer modernen Staaten).

Kurz, es präsentiert sich eine ganze Menge von Leuten, welche es offen erklären, sie haben den Willen oder seien durch die Verhältnisse dazu gezwungen, ihre speziellen Interessen in den gesetzgebenden Körpern vertreten zu lassen, trotzdem der Abgeordnete Vertreter nur des ganzen Volkes sein soll.

Sollte diese Erscheinung den Liberalismus nicht ein wenig stutzig machen? Zwar er hat, besonders gegen die sozialistischen Bestrebungen, gewöhnlich sehr schnell einen Grund zur Hand.

„Einige arbeitsscheue, im besseren Falle phantastische Leute mit einigen schimmernden, aber innerlich durchaus hohlen Theorien machen die ganze Bewegung, und eine, natürlich nur

sehr kleine Anzahl ausgebildeter Arbeiter bilden das Gros der Armee.“

Man kann ruhig der Zukunft den Beweis überlassen, ob mit dieser Erklärung die sozialistische Bewegung erschöpft ist. Vorläufig kann sie der Liberalismus nicht läugnen, vorläufig hat sie unter den denkbar ungünstigsten Umständen bei den letzten Reichstagswahlen ihre Existenz in ungeahnter Stärke bewiesen; vorläufig schallt von allen Ecken und Enden das Wort „Interessenvertretung“, vorläufig hat sich der Liberalismus, der Pächter der Vertretung des ganzen Volkes, mit dieser Erscheinung abzufinden.

Sie ist da, und daß sie da ist, beweist, daß etwas faul ist im Staate Dänemark. In diesem Sinne kann man das Auftauchen dieser Bewegung zur Vertretung spezieller Interessen als einen Schritt zur Besserung betrachten. Gegenüber dem Liberalismus, der den Anspruch macht, der Vertreter des ganzen Volkes zu sein, und doch nur der Vertreter der Bourgeoisie ist, erheben sich endlich Personen, welche dem Maskenspiel ein Ende machen und das wahre Gesicht des Liberalismus vor allem Volke zeigen. Nein, es erheben sich nicht Leute, freiwillig und weil es ihnen so gefällt, sondern es erwachen durch den Drang der Verhältnisse Parteien, deren Anhänger sich bei dem auch noch so schön deklamirten liberalen Programm nicht ihres Lebens sicher fühlen und deshalb dagegen Front machen. Kurz: Druck erzeugt Gegendruck.

Damit ist ausgesprochen, „was ist“, und dies soll ja nach Vorfälle die Vorbedingung des Gelingens jeder Kur auf politischem Felde sein. In diesem Sinne, können wir also mit Recht sagen, ist die Erscheinung der Interessenvertretung der erste Schritt zur Besserung. Die Diagnose ist gestellt; nun, Arzt kommt und verschreibe deine Arzneien!

Braucht es endlich erst ausdrücklich hervorgehoben zu werden, wie wenig das Programm des Sozialismus mit der Bevorzugung spezieller Interessen zu thun hat? Die anderen Parteien, denen der gleiche Vorwurf gemacht wird, gehen uns nichts an. Wir hatten sie nur mit in Betracht zu ziehen, insofern sie (in gleicher Lage, wie die Sozialdemokratie) gegenüber dem Liberalismus gekränktes Recht zu verteidigen zu haben glaubten, während der Liberalismus behauptet, unter seinem Regime gebe es keine gekränkten Rechte. Ob sie damit im Recht oder Unrecht sind, ob sie nur vernachlässigte Interessen vertreten oder ungerechte Bevorzugung verlangen, darüber mögen sie sich selbst aussprechen; uns berührt das weiter nicht.

Das Ziel des Sozialismus geht nicht auf Bevorzugung irgend welcher Interessen. — Nur wirft er nicht so mit Phrasen um sich, wie der Liberalismus. Wären Phrasen Brod, dann stände der letztere unanfechtbar da. Der Sozialismus legt den Finger an die Wunde Stelle und zeigt, daß hier geholfen werden muß, der Liberalismus läugnet die Wunde überhaupt. Der Liberalismus ist verschwenderisch mit Worten von unumschränkter Freiheit und allgemeiner Wohlfahrt, der Sozialismus ist bescheidener und beschränkt sich auf ein nächstes Ziel, das jene allgemeine Freiheit und Wohlfahrt in Wirklichkeit um ein Weniges fördert. Wie Marx (Kapital I. S. 281) sagt: „An die Stelle des prunkvollen Katalogs der unveräußerlichen Menschenrechte, tr. die bescheidene Magna Charta“) eines gesetzlich beschränkten Arbeitstags, die „endlich klar macht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet, und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt.“ Die Sache des Liberalismus ist die Deklamation und das Vertrauen auf die Kraft derselben, die des Sozialismus die Aufdeckung der Thatfachen. Der Liberalismus meint, die Risse des Hauses durch Ueberpinselung mit Wasserfarbe aus der Welt schaffen zu können, denn er ist optimistisch und glaubt, weil er es wünscht, daß das Haus noch lange zusammenhalten werde; der Sozialismus, klareren Blicks, fordert Stützen und unter Umständen den Neubau.

Kurz, wo man hinsieht, findet man, daß der Liberalismus überall das schönklingende Wort bereit hat, daß aber bei genauerem Zusehen Alles in seinem theoretischen wie praktischen Staatsbau faul und morsch ist, während der Sozialismus mit unbarmherziger Kritik auf den Kern des Uebels losgeht und unter Abweisung aller gemüthvollen Lamentationen über Güte oder Schlechtigkeit von Zuständen, womit man keinen Hund vom Ofen lodt, festen Schritts auf die Wurzel des Uebels losgeht, und nach ihrer Beseitigung strebt. Denn die Ursache ist für die Wirkung verantwortlich.

Es giebt zwei politische Gesellschaften, welche in einem ähnlichen Verhältnis zu einander stehen, wie Liberalismus und Sozialismus überhaupt. Dies sind die „Friedens- und Freiheitsliga“ und die „Internationale Arbeiter-Association.“ Jene prunkvoll schon in ihrem Titel, diese bescheiden und sachlich. Jene in unfruchtbarer Anstrengungen sich ergehend, weil sie, auf der Oberfläche bleibend, den Grund der Dinge nicht zu erkennen vermag; diese erklärend, „daß die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit vom Monopolisten der Werkzeuge der Arbeit, der Quelle des Lebens, die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit bildet,“ und, weil sie so den Baum an der Wurzel angreift, schon heute stark.

Und dieses allgemeine Verhältnis des Liberalismus und Sozialismus findet auch auf die Frage der Interessenvertretung Anwendung. Der Liberalismus nennt sich den Vertreter der Interessen des ganzen Volkes und vertritt nur die Bourgeoisie, der Sozialismus nennt sich eine Arbeiterpartei, und kämpft für gleiche Rechte und Pflichten Aller, denn „der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen bedeutet nicht einen Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.“ (Statuten der Internationalen Arbeiter-Association).

Damit fällt der Vorwurf, der in dem Worte „Interessenvertretung“ für den sozialistischen Abgeordneten liegen soll. Er nennt sich Vertreter der Arbeiter, und er ist der eigentliche Vertreter des ganzen Volkes, solange man sich wenigstens unter diesem Namen eine Gemeinschaft denkt, deren ideales Ziel ist, jedes Mitglied derselben für den Genuß gleicher Rechte gleiche Pflichten tragen zu lassen.

*) Eigentlich: der große Freibrief. Unter diesem Namen ist der berühmte, dem englischen König Johann ohne Land 1215 abgetroffene Freibrief bekannt, welcher die Grundlage der englischen Konstitution bildet.

Heute, wo die Arbeiterklasse noch die unterdrückte ist, soll der Abgeordnete der spezielle Vertreter der Arbeiterinteressen sein. Nur Scheinbar weicht er damit von seinem Programm ab; in Wahrheit kämpft er für dasselbe, indem er gegen die Klassenprivilegien politischer wie sozialer Natur der Bourgeoisie auftritt, die der Arbeiterklasse Lust und Licht rauben.

B.

Sie umgefüllte Moral.

Wer den Leuten schwarz für weiß vormalen, Blut als Gold anpreisen kann, ist der nicht ein guter Herrscheiter? Preussische Gelüste in deutsche Großthaten umzuwandeln, versteht nicht Jeder, und wäre er zehnmal Minister. Aber der Minister muß die Rohheit der spekulirenden eigensüchtigen Masse kennen, um zu beurtheilen, wie viel er bieten darf. So stellte sich mit einem Schlage heraus, daß Menschlichkeit, Tugend, Gerechtigkeit all diesen geldgierigen Patronen unbekanntes Großen sind, daß Bismard, vorher der verschrieene, verschrobene Junker, ein Genie und Deutschlands Retter ist, daß Louis Bonaparte, ehemals Staatsbrecher par excellence und hoher Geist, jetzt ein habfüchtiger Abenteuerer, der alle Welt mit seiner freien Idee betrog, daß es nicht darauf ankommt, ob Greuel begangen werden, sondern darauf, ob sie zu gutem Zwecke verübt, daß man den Werth einer Institution nicht darnach abschätzen soll, ob sie die Freiheit, die politische Gleichberechtigung fördert, sondern nach den Personen, die sie als Verlangen und Wahrspruch auf ihre Fahne schreiben. Diese Umkehr aller Vernunft ist einfach so zu verstehen: Alle Rechte und Freiheiten, so“ — für die Vorrechte beansprucht werden, sind gut und lobenswerth; sobald sie aber für Arbeiter und Kleinbürger ausgeht, sind es nichtstuhige, verwerfliche Dinge. Nehmen wir Herrn v. Bismard. So lange dieser zum Grafen und Fürsten avancirte Mensch nur das Junkerthum und dessen Rechte im Auge hatte, war er von der liberalen Bourgeoisie verworren; seit er scheinbar allgemeine, „patriotisch“ titulirte Interessen, d. h. die Niederwerfung eines gefährlichen Konkurrenten (Frankreichs) als Ziel aufstellte, war er ihr Mann, ihr Held geworden.*) So lange Louis Bonaparte die Ausbeuter aller Sorten, die Selbstsucht der Bourgeoisie häßliche und mirksam schützte, war er ein geschätzter, tüchtiger Kerl, dem man sein Ueberallschweigen als Hochmuthstheil verzeihen konnte; seit er aber ohnmächtig gegen die Anwälte der arbeitenden Menge, wurde er als zerbrochenes Werkzeug weggelegt und seiner Staatsbreiterei enthoben. Duzende von Dörfern abzubrennen, sobald in ihren Mauern oder in ihrer Umgebung sich französische Freischützer verhielt, galt als gerechte Vergeltung, als notwendiges Schreckmittel, war daher ganz in der Ordnung oder ein unvermeidliches Kriegsübel; Kontributionen, Requisitionen, Beschlezung von Städten u. — Alles vortrefflich-Mittel, um zum rühmlichen „deutschen“ Erfolge, zum Zwecke zu gelangen; von den Franzosen verübt, wären es fürstbäre Schandthaten, Barbarenien gewesen.**) Jene einfachen politischen Rechte, die seit 40 Jahren wenigstens für das „konstitutionelle“ Staatsleben gefordert wurden, waren gut und heilsam, insofern die Bourgeoisie daran theilhaftig; sobald aber die Pariser Arbeiter und Kleinbürger ihre Gemeinderäte, Adjunkten, Bürgermeister, ihre Nationalgarde-Chargen u. selbst wählten, keine tyranische, von der Regierung (möge sie heißen wie sie wolle) kommandirte Besatzung wollten, seit sie nicht mehr Werkzeuge oder Sklaven sein mögen, sind diese natürlichen Forderungen verächtlich, folglich zu verwerten.

W.

Unser Polizeiwirtschaft!

Chemnitz, 15. April. Die Maßregelung unserer ist noch nicht zu Ende; wir können heute eine Fortsetzung unserer Erzählung bringen. Wert wurde bekanntlich in seinen Heimatsort Wurzen gewiesen, wo er binnen eines Tages eintrifft und sich zu melden hatte. Dieser Vorchrist ist er — wie sein Dimissions-Schein zeigt — nachgekommen. 4 Wochen ungefähr vor seiner Entlassung wurde er gefragt: „wo er seinen Aufenthaltort nehmen wolle, weil die Kreispolizeidirektion erst dahin schreiben müsse, ob der betreffende Ort ihn auch annehme?“ Wert erklärte sich wieder nach Chemnitz wenden zu wollen. Wie er nun gehört, ist wirklich von der Oberrhein-Direktion nach Chemnitz geschrieben worden. Die Chemnitzer Behörde hat darauf geantwortet, daß sie Wert nicht wieder annehme. Das aber hat man Wert weder in Hubertusburg, noch in Wurzen, wo er sich, um nach Leipzig, während der Feiertage nach Eisenburg, und nach den Feiertagen für immer nach Chemnitz zu gehen, abmeldete, gesagt. Er verzeihe somit sein Geld, kam den dritten Feiertags-Abend nach 10 Uhr in Chemnitz an, wo er von zahlreichen Parteigenossen, trotz der späten Stunde auf das herzlichste empfangen wurde, ging den Donnerstag Mittag nach seiner Arbeit, welche er sofort wieder bekam und am Freitag anfangen sollte. Das Ausweisungsdikt des Stadtraths ist bekannt. Erwähnt sei nur noch eine Aeußerung des (jährlich 2200 Thlr. Gehalt beziehenden) Herrn Stadtrath's Herr: „Es ist ein gefährliches Individuum, er ist ein gefährlicher Agitator.“

Es gab keinen andern Ausweg, als daß Wert sich eine Logiskarte auf das benachbarte Bernsdorf, welches wohl in das Gerichtsamt Chemnitz, aber nicht unter die sächsische Polizei gehört, ausstellen ließ, um den Ausgang der Sache abzuwarten.

Schmerde an die Kreisdirection ist erhoben, und sind wir auf das Resultat gespannt, welches wir seiner Zeit unsern Lesern mittheilen werden. Erfolgt ein abschlägiger Bescheid, wird Wert sich noch an das Ministerium wenden.

Die Chemnitzer Arbeiter sind über die Maßregelung unserer Parteigenossen ganz entrüstet; sehr viele sagen, das hätten sie von der Chemnitzer Polizei nicht erwartet!

D Deutsches Volk!**)

Eichlaunmwoeden ziehst du heim,
Du hast Dich brav geschlagen,
Und fast jedweden zweiten Mann
Hast du zu Grab getragen.

Gepflastert ist das Frankenreich
Mit deutschen Mann-nerleibern;
Im weiland heiligen deutschen Reich
Da weint ein Heer von Weibern.

Eichlaunmwoeden ziehst du heim,
Hörst du die Jubellieder?
Aus tausend Augen winken dir
Wilsfreud'ge Grüße nieder.

O schöner Tag! — doch Abend wird's
Und langsam die Sterne sinken,
Der Willkommjubel ist verhaucht,
Festlerzenstummel sinken.

Die Waffe weg! das Werkzeug her!
Verspinnweb' lieg's in der Ecken;
Du kannst nun für dein täglich Brod
Die müden Glieder strecken.

Du hast recht viel erkämpft, o Volk —
Dem künftigen Schape,
Du hast den Köd'gen hergestellt
Die schönste Vorbereitungs-Ratze.

Du aber ruhst darauf nicht aus,
Mußt bei der Arbeit bleiben
Und kannst die's nicht mehr, ei, so kannst —
Du Leierkasten treiben.

*) Der Hauptgrund liegt doch zweifellos in der Erkenntnis, daß die Bourgeoisiepolitik in Deutschland, wie in Frankreich, nur noch unter dem Schutze des Sabeldespotismus in Sicherheit fortgetrieben werden kann.

**) Man lese und höre nur das Geschimpf über die den Pariser Sozialisten angelogenen, und selbst in den Lügenberichten noch relativ sehr harmlosen Gewaltthaten.

**) Aus dem Wiener „Blau“; vom Verfasser uns mitgetheilt.

D. Red.

*) Die Formel für den Vornach: In den Mann sei gethan! Verflucht sei!

Den vaterländischen Thüren kann,
Jubel sie „Eleg“ drin feiern,
Für ein Paar Bettelkreuzer du
Die „Wacht am Rhein“ vorleiten.

Wohl auf und ab im deutschen Reich
Wieb's Opfermuthgeflanter,
Da sammeln sie viel Gut und Geld,
Die deutschen Fürsten und Junker.

Doch nicht um deinen Bund, Volk,
Schiffstauer aufzufrachten,
Und nicht um dir deine Müß'
Verdienten Dank zu reichen.

Man kauft für Wilhelm einen Kock
Und eine neue Hofe,
Vielleicht kauft man vom Paps' auch noch
Für ihn die Tugendrose.

Au dich denkt Niemand, armes Volk,
Nur höchstens, wenn man voraussetzt:
„Die Sammlung ginge doch nicht gar“,
Daß man dir 3' Heinde ansieht.

Was ist dein Hemb gegen all' die Pracht
Von neuen Kaiserkleidern,
Die ihm die deutsche Fürstenschaft
Zusammen jezt will schneidern!

Du brauchst kein Hemb, man wird dafür
Die Freiheit dir zugesehen,
Die Freiheit, Volk, im deutschen Reich
Auch haar'ig noch betteln zu gehn.

Mitgliedchaft der Krankenkasse der „Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft“ (Weiberlei Geschlechts).

Crimmitschau, den 15. April. Heute wurde die erste Jahresrechnung dieser Mitgliedchaft vorgelegt und ist deren Resultat in Anbetracht des mäßigen Gründungsjahres als ein sehr günstiges zu verzeichnen. Während nämlich zu Beginn des Krieges die kaum aufgenommene Organisation dieser ihre Thätigkeit schon nach wenigen Tagen bis auf Weiteres einstellen mußte, da die Wirkung von Verdienstlosigkeit und Furcht vor möglicher Arbeitslosigkeit die Mitglieder außer Standes setzte, ihre Verpflichtungen einzuhalten, und nachdem auch 5 Monate hindurch völliger Stillstand darin eingetreten war, ergab dennoch nach Wiederbelebung der Thätigkeit die Gesamtmitgliedschaft an 54 Thlr. 6 Sgr. Die Ausgaben betragen nur 13 Thlr. 5 Pf. und ist hiernach der bare Kassenbestand dieser Mitgliedchaft 41 Thlr. 5 Sgr. 5 Pf., ansehnliche Reize, die möglicherweise noch eingeht, nicht gerechnet. Es sind bei einer Mitgliedchaft von 122 Personen (worunter circa 50 Frauen und Mädchen) allerdings auch die Unterstützungsfälle sehr günstig verlaufen und für den Weib, der unter Mitgliedchaft besteht, giebt sich der Entschluß das beste Zeugnis, „je nach Barmahme der Kräfte, nicht jenes speculative Sparwissen zu befolgen, dem leider so viele ähnliche Kassen hulbig, sondern mit Rücksicht auf eine gesunde Referende für die Zukunft dahin zu streben, unseren Kranken mit den erbrachten Mitteln die höchst mögliche Handreichung zu thun.“

Vorläufig und bis zur definitiven Konstituierung des internationalen Verbandes, mögen doch alle gleich und interessierten Orte mit Gründung lokaler Mitgliedchaften auf Grund der im „Volkhaat“ (Nr. 61 u. folgende Nummern vom Jahre 1870) veröffentlichten Statuten vorgehen und ihre Thätigkeit so fort aufnehmen, dann erst wird es gut gelingen, schnell und etwas Ganges zu schaffen. Unser Mitgliedchaft hat ferner beschlossen, von der vorhandenen Kasse 25 Thlr. bei der vom hiesigen Consumverein errichteten Sparkasse einbar anzulegen, was bei der kurzfristigen Rückzahlungsfähigkeit, die dieser solide und zweckmäßige Verein gewähren kann, uns in zweifacher Hinsicht nutzbar erscheint. Unsere Leute gehören meist zum Consumverein und haben somit ihrem Eigentum im Wege der Selbstverwahrung immer näher, als wenn das Geld an die städtische Sparkasse oder in Kapitalisten- und gemeinlichlichen (also billigeren) Druck von Statuten verjüngigen wollen, so möge dies bald und so geschehen, daß wir die Zahl der gewünschten Statutenbücher erfahren und daß sich die Auftraggeber verpflichten, die erwachsenden Kosten zu verlegen. Allein sind wir noch zu schwach zu erwünschten Interventionen, und es liegt im Interesse unserer Gewerkschaft, daß jede Abtheilung einer bestimmten Verbindung ihre Angelegenheiten insoweit selbst auf sich nehme, daß die Thätigkeit unserer Stammgewerkschaft mit voller Kraft wieder anheben kann, was wie in nahe Aussicht gestellt sehen. Bis dahin sind wir bereit, in Angelegenheit der Krankenkasse jeden möglichen Ausschluß zu bieten und nach Kräften die Organisation anzuleiten.

Zuschriften wollen die Genossen richten an den derzeitigen Vorstand der „Krankenkasse der Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft beiderlei Geschlechts“, Mitgliedchaft Crimmitschau, unter der einfachen Adresse:

Carl Kirchhäbel, Tuchmacher,
in Crimmitschau am Scheunensplatz.

NB. Die Organisation einer Sterbekasse selbstständig oder in Verbindung mit der Krankenkasse wird unterertheilt gleichfalls betrieben und seiner Zeit darüber berichtet werden.

Internationale Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Berichtigung. In der Klug aus Hamburg in Nr. 30 des „Volkhaat“ steht es fah: Dr. Karl Macnabel heigen: Dr. Karl Marx u. d. — Altona, 17. April.

Der Fremdenverkehr für Altona ist Nordstraße 35 (Eisler-Herberge) — Mitunterstützung wird ausgezahlt: Mittags von 11 $\frac{1}{2}$ bis 1 $\frac{1}{2}$ Uhr und Abends von 7 bis 9 Uhr bei August Ködner, Bevollmächtigter f. Altona, Kegeßort 26, Saal 3.

Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Augsburg. Außer den schon angemeldeten Beiträgen aus Zwickau und Forstheim sind für die Strikenden eingegangen: Leipzig: Soc. demokr. Arbeiterverein durch Striker 3 Thlr. 12 Sgr., Nürnberg: 1 Thlr. 4 Sgr. 3 Pf., Hannover: 1 Thlr., Reichenberg in Böhmen: 4 Sgr. 3 Pf. Der Metallarbeiter 22 fl. österr. Währung. Infolge des raschen und glücklichen Verlaufes der Arbeitseinstellung hat die weitaus größte Zahl der Arbeiter sich veranlaßt gefunden, von den eingegangenen Unterstützungsgeldern keinen Gebrauch zu machen, und glauben im Sinne der Gewerkschaft und Parteigenossen zu handeln, wenn sie die hierdurch erbrachte Summe der Gewerkschaftskasse des Metallarbeiters überantworten, so daß bis heute 8 Thaler an dieselbe abgehandelt werden können. Sollte die Summe sich noch steigern, so wird auch diese selbstverständlich an die Kasse abgeführt werden. In dem die Arbeiter der Stahlfedernfabrik von Oberle und Comp. dafür für die geleistete Hilfe, insbesondere für den namhaften Beitrag aus Reichenberg ihren herzlichsten Dank sagen, unter der Versicherung, wenn nötig, ebenfalls das ihrige in ähnlichem Falle zu leisten, zeichnet mit sozialdemokratischem Geiz und Handschlag

J. A. Ludwig Zelle, Bevollmächtigter, Spengler-Keller.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher und Verwandten Gewerbe.

Leipzig. In unserer am 14. d. M. stattgehabten Sitzung wurde Leopold Dietrich, Königsstraße 8, zum zweiten Vorsitzenden und Moritz Dreißig zum zweiten Schriftführer gewählt.

Weiter ist bekannt zu machen, daß der Kassirer unserer Mitgliedchaft, S. Spörbert von jetzt an Mendelssohnstraße 1, 4 Trppn. wohnt; dies allen Bevollmächtigten und durchreisenden Mitgliedern zur Nachricht.

Für die Verwaltung:
Aug. Schäfer.
Augsburg. Die hiesigen Schuhmachergesellen sind im Begriffe, ihre Lohnverhältnisse verbessern zu wollen und in die Gewerkschaft einzutreten. Wir bitten die auswärtigen Genossen, den Bezug nach hiesigem Orte abzuhalten.
Franz Deppe.

Internationale Gewerkschaft der Maurer, Zimmerer und verwandten Gewerbe.

Kameraden, Brüder!
Eine schwere Prüfungszeit liegt hinter uns, eine neue hoffnungsvollere Epoche kommt heran! Lasset sie uns mit Freuden begrüßen und von Neuem eingreifen in die Bewegung, welche durch den Lungen, unheilvollen Krieg zwar aufgehalten, aber keineswegs unterdrückt werden konnte, obwohl so manches wackre Mitglied aus unserer Mitte gerissen und sein Leben für dynastische Interessen in die Schanze schlagen mußte. Aber die, welche ein gütiges Geschick gesund erhalten und welche hoffentlich bald den heimathlichen Boden betreten, werden, durch die Erfahrungen gewizigt, mit um so größerer Begeisterung in unsere Reihen treten, um wieder an der Verbesserung unserer materiellen Lage mitzuwirken. Darin Brüder, denen dies schon jezt vergönnt ist, sammelt Euch aufs Neue um das Banner der Arbeiterschaft, umso mehr, da in wenigen Wochen die statutenmäßige Generalversammlung und zwar, wie verabredet worden, zugleich mit dem Kongreß der sozialdemokratischen Partei in Dresden abgehalten werden soll. Gewerkschaften aller Staaten, vereinigt Euch mit erneuter Kraft, denn nur durch ein iuniges Zusammengehen können wir eine Verbesserung unserer Verhältnisse erzielen. Kein Ort, sei er auch noch so klein, sollte zurückbleiben, Zweigvereine zu bilden, um als Glied in der großen Kette internationaler Verbrüderung mitzuwirken. Die Segnungen solcher Vereinigungen haben sich schon an vielen Orten, auch in Dresden, fühlbar gemacht, indem aus den Gewerkschaften auch Produktionsgenossenschaften entstanden sind, welche vom besten Erfolge gekrönt sind. Darin, Brüder und Kameraden, laßt unsern Ruf nicht umsonst verhallen! Vereinigt Euch, um zur bevorstehenden Generalversammlung Deputierte zu senden. Statuten werden jezt nach Bedarf verändert und bitten wir, deshalb sich an den Unterzeichneten schriftlich zu wenden. Desgleichen bitten wir auch die schon zu uns gehörigen Ortsmitgliedschaften, ihre Abrechnung möglichst schnell einzuliefern, damit wir Rechenschaft ablegen können.

Recht zahlreicher Beilegung entgegensehend, empfindet sich mit kameradschaftlichem Gruß und Handschlag
Dresden, im April 1871.
Der Ausschuh der internationalen Gewerkschaft der Maurer, Zimmerer u.
Wilhelm Gregori Müller, Vorsitzender,
Zeigengasse Nr. 4, part.

Genf. Wir hatten in letzter Woche im Temple unique, dem Vereinslokal der Internationalen, eine große Volksversammlung. Obgleich dieselbe von einem Comité der hiesigen deutschen Sektion der Internationalen einberufen, fast ausschließlich von deutschen Arbeitern besucht war, so war dennoch das sehr geräumige, wohl an 2000 Personen fassende Lokal vollständig gefüllt.

Auf der Tagesordnung stand eine „Besprechung der Stellung, welche die hiesigen deutschstrebenden Arbeiter zu dem gegenwärtigen politischen Zustande Europas und insbesondere Deutschlands einnehmen, und sodann eine Vereinbarung über die zweckmäßigsten Mittel, um die namentlich in der Schweiz sehr zerstückelte sozialdemokratische Partei durch einen engeren Anschluß an die internationale Assoziation fester zu organisiren.“

Bezüglich dieser der Organisations- und Concentrationsfrage der in der Schweiz lebenden deutschsprechenden Elemente der Arbeiterpartei, wurde mit der Ausarbeitung eines praktischen Planes ein Comité beauftragt, nachdem von einigen Parteigenossen, wie namentlich von Beck er und Lindeler in energischer und sarkastischer Weise dem leider sehr verbreiteten Aberglauben entgegengetreten worden war, als seien die in der Schweiz bestehenden sogenannten „Freiheiten“, wie Pressfreiheit, Versammlungsfreiheit u. schon das Ziel der sozialistischen Bewegung selber, während sie doch nur als das notwendige Mittel zum Zweck betrachtet werden dürften. Insbesondere wurde von demselben auch die allerdings nicht nur in der Schweiz, aber hier besonders auffallend sich breit machende thörichte Ueberhebung und Gleichgültigkeit derjenigen Arbeiterkreise gezeigelt, welche sich, weil ihr Arbeitslohn ihnen zeitweilig eine einigermaßen auskömmliche Befriedigung ihrer leiblichen Bedürfnisse gestattet, von der sozialistischen Bewegung fern halten.

In Betreff des allgemeineren (politischen) Gegenstandes der Tagesordnung wurde von allen Rednern übereinstimmend die tiefste Enttäuschung und lauteste Klage über die traurige Thatsache ausgesprochen, daß es der freiheitsfeindlichen, reaktionären, monarchistischen Politik der sogenannten nationalen Partei in Frankreich und noch um Vieles mehr in Deutschland gelungen sei, einen Theil der Mitglieder der Arbeiterklasse selbst mit ihrem schändlichen Sophistischem und verbrecherischen Hegeleben zu betriegen.

Es wurde bei der Besprechung der Ursachen und innerlichen Ergebnisse dieser erschütternden Ausbreitung des albernen Charvinismus von verschiedenen Rednern, wie z. B. von den Herren Jährig, Gutschman, Lichtenberg insbesondere unter lauten Beifall der ganzen Versammlung unserer müthigen Parteigenossen in Leipzig und Braunschweig gedacht, welche in diese verächtliche Ketzerei und Eingebensuchung ein eignes, nichternes Wort hineinzubringen, und der Bourgeoisie die Larve der gleichgerichteten Phrasen vom „Patriotismus“ vom Antis zu reihen gewagt hätten.

Anderer Redner, wie namentlich Dr. Forsttau, lenkten die Aufmerksamkeit der Versammlung vorzugsweise auf die großartige, unter dem französischen Proletariat gerade jezt vor sich gehende Bewegung durch welche bereits wegen des hohen sittlichen Grades und der praktischen revolutionären Energie, die beinahe jeden Schritt der Aktionspartei auszeichnet (was sogar von gegnerischen Blättern anerkannt werden müßte), der ungewöhnliche Beweis vorliegt, daß die Lage der politischen Herrschaft der Bourgeoisie in Frankreich gefährdet sind. In ein von Dr. Forsttau auf die Pariser Parteigenossen ausgebrachtes Hoch wurde von der ganzen Versammlung mit begeistertem Zurufe eingestimmt und der von Herrn Jährig gestellte Antrag, denselben eine Aufmunterungsadresse zu übersenden, einstimmig angenommen.

Schließlich wurde eine von Johann Philipp Veder ausgearbeitete und von dem Vorsitzenden Herrn Hofer verlesene Resolution, welche in mehreren kurz gefassten Sätzen die gesammten moralischen und ökonomisch-politischen Grundsätze der internationalen Arbeitergesellschaft darlegt, mit ungetheiltem Beifall der Versammlung angenommen. (Dieselbe wird im „Vorbote“ und auch als Flugchrift abgedruckt werden.)

München. Montag, den 10. April, Vormittags, fand hier, nachdem mehrere Versammlungen zur Besprechung von Genossenschaftsinteressen vorhergegangen waren, im Fiskus eine vom Komitee der Schuhmachergesellen einberufene und trotz des unglücklichen Wetters zahlreich besuchte allgemeine Arbeiterversammlung statt, zu der auch die Bürger-Gewerkschaft eingeladen war.

Gegenstand der Tagesordnung war „die höhere Lohnforderung der Schuhmachergesellen“ und traten außer Angehörigen dieses Gewerks auch einige andere Redner auf, alle darin einig, daß es an der Zeit sei, Schritte zu thun, um die hier zum Leben kaum ausreichenden Löhne der Schuhmacher zu verbessern.

Konstatirt wurde, daß der Durchschnittslohn des besten Arbeiters nicht höher als auf wöchentlich 5 fl., der des mittleren auf 4 fl., und der des geringeren auf 3 fl. komme. Man einigte sich allgemein dahin, diese Sätze auf 6 fl. 30 kr. bis 7 fl., 5 fl. 30 kr. bis 6 fl. und 4 fl. 30 kr. bis 5 fl. zu normiren. Falls die Meister diesen Tarif nicht annehmen sollten, beschloßen die Fremden, abzutreten. Parteigenosse Stangl forderte die Meisterei auf, sich mit den Gesellen zu vereinigen, da sie den Großfabrikanten gegenüber ja auch nicht besser daran seien, als diese und empfahl die Gründung eines Fach-Vereins, welcher Vorschlag von mehreren Rednern unterstützt und allseitig beifällig aufgenommen ward. Ein Geselle schilderte die Art und Weise, wie sein Meister sich dem Tarif gegenüber zu verhalten gedente: „er wolle zwar denselben auf 14 Tage unterzeichnen, die Arbeiter hätten aber keine Ursache, solche Forderungen zu stellen, wenn sie nicht zu luxuriös leben, früh kaffee tranken u. s. w., kurz Lumpen wären.“ Allgemeine wurde der Name dieses Meisters zu hören verlangt — er heißt **Stöhr** — und beschloßen, solche Herren stets öffentlich zu nennen.

Zum Schluß fand folgende Resolution allgemeine Annahme: „Die heutige allgemeine Arbeiterversammlung hält die Forderungen der Schuhmachergesellen Münchens für gerecht und ist vollständig damit einverstanden.“ Die Versammlung verlief in würdiger Weise. Abends fand eine gefällige Zusammenkunft statt, in welcher Gesang und deklamatorische Vorträge zeigten, welche tüchtige Kräfte unter den Gesellen vertreten sind.

Dresden, 13. April. Die neue deutsche Kaiserrei leuchtet sich schon allemal durch Spionage und die polizeiliche Ueberwachung der freien Vereinigung freier Staatsbürger. So ist z. B. der sozialdemokratische Arbeiterverein, was man seit dem Bestehen desselben, und überhaupt bei politischen Vereinen, seit unbenkennlichen Zeiten nicht verlangt hat, aufgefördert worden, ein Verzeichniß seiner Mitglieder bei der Polizei einzureichen. Bei jeder Vereinsversammlung stellt sich in der neunten Stunde ein höflicher Galt ein, der durch ein ihn begleitendes Schriftstück darthut, daß ihn nicht persönliche Mißbegierde dahin geführt, was man den sozialdemokratischen Arbeiterverein läßt, sich nach alle dem, was man den Sozialdemokraten gegenwärtig in die Schuhe schiebt, dies schon erklären, aber auch dem Arbeiterbildungsverein in es geschehen, daß man ihn unter das Vereinsgesetz, das heißt unter polizeiliche Aufsicht, gestellt hat, weil er gewagt hat, auch politische und religiöse Vorträge, als in das Reich des Wissenswerthen und Wissensnötigen gehörig, anzugehen. Den Mitgliedern wollte es nun gar nicht einleuchten, daß damit ein Bildungsverein ein politischer Verein werden könne, aber Kreisdirection und Ministerium des Innern haben trotz triftiger Entgegnungen und Vorstellungen der polizeilichen Auffassung zugestimmt, und da muß die Sache wohl in Richtung sein. Der Vorstand hatte wohl die Pflicht, diese den Verein arg schädigende Verfügung durch Refus zu bekämpfen. Dafür hat er nun über 5 Thaler Kosten zu bezahlen. Diese 5 Thaler müssen von den sauer verdienten Groschen armer Arbeiter, welche dieselben sich zu Bildungszwecken am Munde abgepart haben, bezahlt werden! Statt die Bildung in solchen Vereinen nach Kräften zu fördern, wie es die erste, heiligste Pflicht des Staates ist, entzieht man noch den spärlichen Mitteln eines solchen Vereins eine verhältnismäßig ansehnliche Summe von Kosten dafür, daß der Vorstand eine den Verein schädigende Maßregel durch den gesetzlich zulässigen Refus abzumenden suchte. (Dresd. Volksh.)

Vöhring. Wie ein und dasselbe Ding sich von verschiedenen Seiten ausnimmt: Das „Leipziger Tageblatt“ schreibt (und die ganze reaktionär-liberale Presse von der Berliner „Volkzeitung“ bis herunter zur „Norddeutschen“ und „Deutsche Allg. Zeitung“ druckt nach):

Vöhring, den 14. Apr. „Als ein erfreuliches gesundes Zeichen aus dem ergebnisreichen Arbeiterhande mag die Thatsache dienen, daß in einer zu wiederholte abgehaltenen vertraulichen Besprechung der Arbeiterpartei, zu welcher Stimmführer der Liebnecht'schen und der Mühlwieschen Wählerpartei erschienen waren, sämtliche Deputierte sich gegen die antideutsche Richtung der Herren Liebnecht und Bebel erklärten. Man einigte sich ferner dahin, daß man jedes Anstreben des Kommunismus sowie die dormalige Herrschaft der Rothgen in Paris, überhaupt alle ähnlichen sozialen Agitationen verwarf. Die Bildung einer starken demokratischen Partei, welche im Prinzip den 1849er Grundrechten huldigt, soll in Angriff genommen werden, und es wurde von der Delegation Vöhring als Vorort gewählt.“

Dem „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“ wird geschrieben:

Vöhring, 14. April. Es ist zum Lachen, was unsere National-liberalen für Wandvor machen, um die Arbeiter irrezuführen. Unsere beständigen Gegner, die während des Krieges nicht genug Franzosen umbringen konnten, nämlich hiesigen Biertrink, kommen „vertraulich“ zusammen, nennen sich „Deputierte“, ohne ein Mandat zu haben, als vielleicht ein von Bismarck, und geben sich nun den schönen Namen „Arbeiterpartei“, die aber natürlich gegen die angeblich „antideutsche Richtung“ unserer braven Freunde Liebnecht und Bebel aus Leidenschaft protestirt. Natürlich wird diese wunderliche Arbeiterpartei, die so sehr „stey“ ist, von den Vöhringer Arbeitern einfach als ein abgeschmackter Mist-Witz nur ausgelacht. Der Holzhändler Leonhard von Aue soll zum Thiers dieser „demokratischen“ Partei ausgetreten sein.

Leipzig, 15. April: Vor einigen Tagen brachte das „Leipziger Tageblatt“ eine Korrespondenz aus Altenburg, deren Schreiber das Land glücklich pries, daß es „keine Particularisten und keine Sozialdemokraten habe.“ Wegen letzterer bedauert er das arme Sachsen, daß dort „noch“ immer diese so viel Boden haben und verzeigt sich schließlich gar zu der Behauptung, ein sozial-demokratischer Agitator werde in Altenburg schlechte Geschäfte machen und einem solchen werde, wie das schon früher einmal geschehen sei, von den Arbeitern selbst die Thüre gewiesen werden.

Diesen recht dreisten Behauptungen gegenüber müßten wir konstatiren, 1) daß in den im Altenburger gelegenen Orten: Ronneburg, Pöhlitz, Lützenberg, Schmölitz und Vöhring die Sozialdemokratie guten Boden hat; 2) daß auch in der Stadt Altenburg eine Anzahl Parteigenossen sich befinden, welche sich aber bis jezt leider in einer Organisation noch nicht vereinigt haben.

Der Artikel-Schreiber des „Tageblatts“ macht uns jezt dadurch aufmerksam, daß wir bisher unsere Nachbarnstadt etwas zu sehr vernachlässigt haben und wir geben ihm die bestimmte Versicherung, daß diesem Uebelstand in nächster Zeit abgeholfen werden soll. Wenn bei dieser Gelegenheit alsdann die Thüre gewiesen wird, das wissen wir schon im Voraus.

Leipzig, 15. April: Gymnasium und Realschule, beide für die Kinder unserer Bourgeoisie bestimmt, absorbiren bereits einen ganz unverhältnismäßigen Theil unseres städtischen Schulbudgets, obgleich thatsächlich der Prozentsatz, welchen die höchsten Begüterten zu den städtischen Ausgaben zahlen, ein geringer ist. Nach Ansicht des Rathes und der Stadtväter müßten für die Bildung der besitzenden Bürgerskinder und Bürgersöhne noch nicht genug geschehen, denn man hat unannehmlich die Errichtung einer „höheren Bürgerschule für Knaben und Mädchen“ beschlossen, bei welcher allein das Mehrhonorar für Lehrer den Stadtsäckel mit über 6000 Thlr. jährlich aus Neue belastet. Das Schulgeld soll nämlich das bisher in der I. Vöhringerschule gezahlte bleiben. Die Kosten für Schulräume u. sind bei dieser neuen Last nicht einmal einbezogen. Die Schülerzahl für diese höheren Schulanstalten dürfte sich auf höchstens einige Hundert belaufen, so daß auf jeden Kopf des Schülers die Stadt vielleicht das Doppelte dessen ausgeben muß, was der Vater an Kommunalsteuer überhaupt bezahlt. Die Herren Bourgeois sind erstest über den Sozialismus und Kommunismus, der in Arbeiter- und Kleinbürgerkreisen täglich mehr um sich greift, der Kommunismus aber, dem die Herren selbst hulbig, und der darin besteht, daß sie auf Kosten Aller sich nicht nur die Säckel füllen, sondern auch die höhere Bildung ihrer Kinder sich verschaffen, der ist gerechtfertigt, und ihn antasten, gilt als das größte Verbrechen.

Die hier in Frage stehende neueste hohe Ausgabe für die Bildungsanstalten der Bourgeoisie ist noch besonders deshalb zu verurtheilen, weil notorisch die Volksschulen Leipzigs überfüllt sind, und es den Lehrern bei dem besten Willen unmöglich ist, der großen Zahl von Schülern das vorgeschriebene Perium beizubringen.

Vermischtes.

Wenn die römischen Kaiser Aetadius und Honorius heute wieder auflebten und Hans Blum, den Sohn des Gehandbrechters, im Bismarck'schen Lager erblickten, — sie würden vielleicht ihr Glück über den Hochverrath, das sie vor anderthalb Tausend Jahren erlitten — als unnötig — abschaffen. Nachdem sie nämlich die Todesstrafe gegen den Schuldigen verhängt, sähet ihr Wesey fort: „Was die Söhne solcher Verbrecher anbelangt, so sollten sie zwar die Strafe ihrer Eltern theilen, da sie sich vermuthlich der gleichen Schuld bereits theilhaftig machen werden (1). Inbezug schenkt Ihr ihnen aus besonderer kaiserlicher Milde das Leben, erklären sie aber zu gleicher Zeit für unfähig, von väterlicher oder mütterlicher Seite etwas zu erben oder zufolge eines Testaments von Verwandten und Fremden ein Geschenk oder Vermächtniß zu erhalten. Mit erblicher Schande gebrandmarkt, ausgeschlossen von aller Hoffnung auf Ehre oder Vermögen, mögen sie die Qual der Armut und der Betrachung so lange fühlen, bis sie das Leben als eine Plage und den Tod als eine Wohlthat und eine Befreiung betrachten.“

*) Anspielung auf den Namen des partikularistischen Kandidaten, der auf höheren Reich zurücktrat, um die Koalition gegen den früheren Abgeordneten nicht zu fördern. Natürlich ist es eine Lüge, daß Stimmführer der Liebnecht'schen Wählerpartei an der betr. vertraulichen Besprechung theilgenommen hätten. Nun, Liebnecht wird nächstens in den 19. Wahlbezirk kommen und den Gegnern reichliche und bequeme Gelegenheit geben, ihm ins Gesicht zu sagen, was sie auf dem Herzen und im Kopf haben. D. R. v. B.

**) Nach Kolb's Kulturgeschichte, Bd. 1, S. 420, jittit.

ben, und heult über die „Schreckensherrschaft“ in Paris und zeteret, daß es sich um die Rettung Frankreichs handle, um die „Rettung vor schmachlichem Untergange des Staatswesens, wie der Sitte und Civilisation.“ Das zu rettende „Staatswesen“ ist natürlich in erster Linie das „Reich der Gottesfurcht und guten Sitte“, das durch die „unmoralischen“ Vorgänge in Frankreich sich schwer bedroht fühlt. Schade nur, daß es mit dem „Netten“ seine mancherlei Haken hat und daß die Restauration des „guten Bruders“ Napoleon, der allein die bösen Franzosen zur „Sitte und Civilisation“ zurückführen und der Bismarckschen Politik zum Siege verhelfen könnte, auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt. Wie gern würde man sich direkt für ihn erklären, wie gern den Felden von Sedan auf den Trümmern des „Welt-Tollhauses“ Paris als Preussischen Straflaifer installieren — aber hierße das nicht, einen neuen Ausbruch des Vulkans in Frankreich hervorzurufen? Würde nicht die ganze Nation, des inneren Streites vergessend, sich gegen den äußeren Feind einigen? Das hat auch die „Provinzialkorrespondenz“ recht wohl begriffen, und spricht sich in einem spätern Artikel gegen jede Intention aus, so lange von französischer Seite der Frieden nicht verkehrt und nicht aggressiv (angreifend) vorgegangen wird — woran jetzt selbstverständlich kein Franzose denkt.

Man schreibt uns aus Berlin, d. d. 22. April: „Wenn wir dem „Deutschen Parlament“ den Titel „Schwager-Parlament“ beilegen, hoffen wir sogar damit die Zustimmung mancher „Liberalen“ zu bekommen. Bereits tagt der Reichstag in die 5. Woche und man muß es ihm nachsagen: sowohl die Zahl seiner Sitzungen wie die Länge jeder einzelnen läßt nichts zu wünschen übrig, aber das, was er, selbst vom Standpunkt Derjenigen, die auf seine Arbeiten Hoffnungen setzen, zu Stande gebracht hat, ist gleich Null. Bekanntlich ist es der ultramontanen Partei gelungen, eine größere Anzahl Siege, einige sechzig, zu erobern, und dies wurmt die Herren „Liberalen“ so sehr, daß sie, gleichwie ein wütender Stier sich auf ein rothes Tuch stürzt, jede Gelegenheit ergreifen, um sich mit den Ultramontanen in Stunden- und tagelange Debatten einzulassen. Die Adressdebatten, die Anträge über die Grundrechte, die Wahlprüfungen, ja sogar der Antrag auf den Bau eines neuen Parlamentshauses geben die Veranlassung zu endlosen Erörterungen, die theils 300 Jahre zu spät kommen, theils bei vernünftigen Männern keine 5 Minuten dauern würden. Man fragt vielleicht, warum denn die „Liberalen“ sich so bereitwillig auf diese Debatten einlassen und die so beliebte Dampfabarbeit früherer Sessionen des Norddeutschen Reichstags ganz aufgeben haben. Nichts erklärlicher als dies. Der „Liberalismus“ ist thatsächlich bankrott; freirechtliche Forderungen durchzusetzen, dazu fehlt ihm die Macht und, da diese Forderungen, verwickelt, auch der Sozialdemokratie zugute kämen, auch die Lust. Auf sozialem Gebiete ist er mit seinem Latein gleichfalls ziemlich zu Ende. Die Gesetze über Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Unterstützungswohnort u. s. w. sind durchberathen und in ganz Deutschland durchgeführt. Was sonst noch auf diesem Gebiete von seiner Seite zu leisten, ist entweder geringfügig oder von solcher Natur, daß man es lieber todtschweigen als darüber reden und beschließen möchte. Unter die letzte Kategorie gehört das „Gesetz über die Haftpflicht der Unternehmer“, ein Gesetz, das höchstens in seinem § 1, soweit er die Eisenbahnen betrifft, zu acceptiren, in seinen übrigen Punkten aber von uns entschieden zu bekämpfen ist. Wir werden später nach der dritten Verathung im Reichstag ausführlich darauf zurückkommen. Der Gesetzentwurf hat das einzige Gute, daß er als ein Symptom zu betrachten ist, wie der Grundgedanke des laissez-faire, laissez-aller* der Manchester Schule, d. h. der Grundgedanke, nach welchem der Staat abseits sein Recht hat, sich in die Verhältnisse von Arbeiter und Arbeitgeber zu mischen, auch auf Seiten unserer Gegner als unhaltbar erkannt wird, und wie sie fühlen: es muß etwas geschehen, sollen die Arbeiter nicht in hellen Haufen in das revolutionär-sozialistische Lager übergehen. Daher die faulerische Miene, womit die meisten Redner bei der ersten Lesung im Reichstag den Gesetzentwurf begrüßten. Nur Herr von Unruh, Director einer großen Fabrik für Eisenbahnmateriale, hatte den Muth, sich offen gegen den Entwurf auszusprechen und zu sagen, was vielleicht fast sämtliche Mitglieder im Reichstag im Geheimen darüber dachten. Indef beschloß man, in die zweite Lesung des Gesetzes einzutreten; auch hat sich eine sogenannte „freie Kommission“ gebildet, welche über den Gesetzentwurf Beratungen pflegt. In dieser Kommission geschah, was auch voraussichtlich vom Hause beschlossen werden wird: der leidlich annehmbare § 1 wurde in reactionären Sinne amendirt und der schon von unserm Standpunkt unannehmbare § 2 noch verschlechtert. Uns ist dieses Resultat sehr angenehm, denn es wird in immer weitere Arbeiterkreise die Ueberzeugung tragen, daß von diesem Reichstag kein Heil für das Volk und speziell die Arbeiter zu erwarten ist.

Den Antrag Schulze's auf Bewilligung von Diäten hat das Haus scheinbar günstiger aufgenommen. Es ist aber festzustellen, daß das Resultat ohne die Süddeutschen und ganz besonders ohne die Ultramontanen nicht erreicht worden wäre. Letztere stimmten fast sämmtlich für den Antrag, während unter den Nationalliberalen viele dagegen waren, unter Andern auch der „liberale“ Vertreter von Leipzig, Vicebürgermeister Stephan. Aber auch die Majorität von 47 Stimmen wäre nicht erzielt worden, wenn nicht ein Antrag von Günther-Sachsen, Schwarze u. auf Uebergang zur Tagesordnung, für den die meisten Nationalliberalen stimmten, mit circa 20 Stimmen in der Minorität geblieben wäre. Nachdem dieser Antrag abgeworfen war, fanden viele der Herren es für gerathen, statt eines offenen Nein!, das ihren inneren Wünschen mehr entsprochen hätte, mit Rücksicht auf ihre Arbeiterwähler mit einem Ja! zu antworten. Daher das leidlich günstige Verhältniß. Ob der Antrag auch in dritter Lesung die Majorität erhalten wird, ist noch keineswegs sicher. Bismarck erklärte sich gegen die Diäten und ließ ziemlich deutlich merken, daß nur die Angst vor sozialdemokratischen Wahlen, auf die Bebel hingewiesen, diesen Widerstand verschulde. Nimmt der Reichstag in dritter Lesung den Antrag auf Diäten an und beharrt Bismarck, resp. die preussische Regierung, bei ihrem Widerspruch, so fliegt der Beschluß des Reichstags in den Papierkorb. Wir müssen wiederholt hier

berichten, um einen selbst in unsern eigenen Reihen weit verbreiteten Irrthum zu beseitigen, daß die Beschlüsse des Reichstages, ein- und zehnmal gefaßt, gar keine Gültigkeit haben, wenn nicht der aus den Vertretern sämmtlicher Regierungen bestehende Bundesrath mit Majorität seine Zustimmung beschließt. Im vorliegenden Falle liegt die Sache aber noch etwas anders. Der Antrag auf Diäten involvirt eine Aenderung der Reichsverfassung,* dazu sind aber Dreiviertel der Stimmen des Bundesrathes nöthig. Der Bundesrath zählt 58 Stimmen, davon hat allein Preußen 17; wenn sämmtliche Regierungen einmüthig für Diätenbewilligung wären, ist die preussische allein im Stande, mit ihren Stimmen das Durchdringen des Antrags zu verhindern. Wir denken, dieser Fall zeigt schlagend, wie es mit der „Reichsverfassung“ und mit der Macht des „Reichstages“ beschaffen ist. Bemerkte sei noch, daß in den Antrag auf Diätenbewilligung ein Amendement aufgenommen wurde, wonach die Diäten erst bei der nächsten Legislaturperiode, also erst dem in drei Jahren neu zu wählenden Reichstag bezahlt werden sollen! Bismarck wird indeß dafür sorgen, daß weder das Eine noch das Andere geschieht.

Am Donnerstag stand die erste Lesung der neuen 120-Millionen-Anleihe auf der Tagesordnung. Da allem Anschein nach es mit dem Gelde sehr pressirt, wurde auf Wunsch des Finanzministers die Lesung außer der Reihe der Tagesordnung vorgenommen und zwar mitten in den Privatgesprächen, die über die eben vollzogene Abstimmung in der Diätenfrage entstanden waren. Herr Simson wußte diesen Umstand geschickt zu benutzen und erklärte die Generaldebatte für geschlossen, ehe noch Jemand Zeit hatte, sich zum Wort zu melden. Herr Lasfer, dem dieses Kunststück doch zu arg sein mochte, sprach „zur Geschäftsordnung“ seine Verwunderung darüber aus, mußte aber aus des gestrengen Simson Munde die Bemerkung entgegennehmen, daß dies nicht zur Geschäftsordnung, sondern zur Geschäftsunordnung gesprochen sei. Der Reichstag freute sich des guten Witzes und die Sache war abgemacht!

„Heute stand die zweite Lesung (Specialdebatte) über die 120 Millionen auf der Tagesordnung. Der Abg. Sonnemann fand für nöthig, zu bemerken, daß man das Geschäft, welches bei der Anleihe zu machen sei, nicht drei oder vier großen Banquiers, sondern der ganzen „Geschäftswelt“ zugänglich machen solle; verwarf er sich aber dagegen, als wolle er damit eine schlimme Kritik gegen die Regierung ausüben. Ein Blick, den er am Schlusse seiner Rede nach der Fortschrittspartei warf, schien uns zu bedeuten: „Nun, warum klatscht ihr nicht Beifall, ich gehöre doch eigentlich zu euch; konnte ich es besser machen?“ Es ist zu hoffen, daß sich bald Jemand findet, der ein Lustspiel schreibt unter dem Titel: „Der gezähmte Widerspenstige“ und dem Frankfurter Abgeordneten die Titelrolle darin zuweist.

Die süddeutschen Katholiken enthielten sich der Abstimmung, da die Anleihe sie nichts angehe. Bebel stimmte dagegen; Schrapz war nicht zugegen, weil er genöthigt war, Tags zuvor nach Hause zu reisen. Wahrscheinlich werden in dritter Lesung unsere Vertreter das Wort ergreifen und mit einer kurzen Erklärung ihre Abstimmung motiviren.“

So weit unser Korrespondent. Bezüglich des Antrags auf Diätenzahlung sei noch daran erinnert, daß die Fortschrittspartei vor Annahme des Verfassungsentwurfs, wo sie auf die preussische Regierung einen kleinen Druck ausüben konnte, ein jedes liberale Vorgehen für „inopportun“ erklärt, und sogar nicht bloß gegen die von den „Ultramontanen“ gestellten Ant-äge auf Einführung von Grundrechten, sondern auch gegen die bez. Anträge des ihr gesinnungsverwandten Hrn. Sonnemann gestimmt hatte. Das Verfahren der Fortschrittspartei ist für diese charakteristisch: liberale Anträge verwerfen, wenn Aussicht auf Erfolg ist, und sie stellen, wenn an Erfolg nicht zu denken, das kann nichts Anderes heißen, als daß man den Erfolg entweder nicht will, oder gleichgültig für ihn ist — wir müßten denn einen totalen Mangel an gesundem Menschenverstand voraussetzen.

Uebrigens halten wir es keineswegs für unwahrscheinlich, daß die preussische Regierung den Bundesrath die Diäten schließlich doch bewilligen läßt. Die Diätenlosigkeit hat ihr moralisch mehr geschadet als praktisch genützt, die Wahlen hat sie obneidies in der Hand, und durch eine derartige Concession hilft sie dem Ansehen des Reichstages etwas auf, was nur in ihrem Interesse sein kann. Der Cäsarismus bedarf der parlamentarischen Komödie; dieselbe darf aber nicht allzu durchsichtig sein, sonst verfehlt sie ihre Wirkung.

Unser Freund, Karl Hirsch, hat die Redaktion des „Criministhauer Bürger- und Bauernfreund“ wieder übernommen. —

Die Brüsseler „Liberté“ erscheint seit dem 18. April täglich — ein Beweis für die Zunahme unserer Partei in Belgien, von welcher auch der am 28. März in Verdiers abgehaltene Landes-Kongreß der Internationalen Zeugniß ablegte, welcher von den Arbeitergesellschaften aus ganz Belgien besandt war.

Unsere Nürnberger Parteigenossen haben mit den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins daselbst eine Vereinigung erzielt. Auch an andren Orten steht dieselbe in naher Aussicht; von beiden Seiten giebt man sich redlich Mühe dazu.

Die am 23. d. M. in Chemnitz abgehaltene Massensammlung war im wahren Sinne des Wortes eine Massensammlung, wie in Deutschland, außer in Wien, noch keine stattgefunden, und verlief bei günstigen Wetter zur größten Zufriedenheit aller Theilnehmenden. Die gestellte Resolution betreffs Einführung eines Normalarbeitstages von 10 Stunden wurde einstimmig angenommen und gleichzeitig beschlossen, die Forderung der 20,000 Versammelten zur Kenntniß des deutschen Reichstages zu bringen. Ausführlicher Bericht in nächster Nummer.

Glauchau, 24. April. Am vergangenen Sonntag hielten die Färber- und Appreturarbeiter in „Stadt Jwidan“ eine Versammlung ab, um sich über die Lohnfrage auszusprechen. Es wurde hauptsächlich betont, daß die lange Arbeitszeit und Sonntagsarbeit eine

Regelung erfahren müsse. Herr Ulrich wies nach, wie zweckmäßig es sei, einen starken Verband zu haben, um die gerechten Forderungen der Arbeiter durchzusetzen und forderte die Anwesenden auf, der internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Genossenschaft beizutreten; wozu auch die Versammlung sich bereit erklärte. Als Norm der Lohnhöhe wurden 25% festgesetzt, sowie eine feste Arbeitszeit und für die Sonntagsarbeit doppelter Lohn. Noch einige Meerraner Appreture sprachen und legten der Versammlung aus Herz, fest zusammen zu stehen und an den Forderungen fest zu halten. Die Versammlung nahm einen ruhigen und würdigen Verlauf und bewies sich die starke Polzeiarbeit als unnöthig. Herr Schulze-Weißig mag sich seiner Illusion hingeben, daß die bösen Sozialdemokraten zur Fortschrittspartei übergehen. Auch die Färberarbeiter Glauchau's und Meerrane's hielten am vergangenen Sonntag in Glauchau eine Versammlung ab und verlangten ebenfalls 25% Lohnhöhe.

Die Agitation der Färberarbeiter ist bereits im Gange. Arbeiter, steht fest zusammen und der Sieg muß unser sein.

Telegraphische Depesche.

Glauchau, 24. April, Mittags. Sämmtliche Färberarbeiter in Glauchau haben heute die Arbeit eingestellt.

Meerrane, 24. April. Den gestrigen Bericht haben wir heute dahin zu vervollständigen, daß in den Fabriken von Gebrüder Schmieder und Straß und Sohn heute irad die Arbeit wieder aufgenommen worden ist. Die Lohnhöhe ist ziemlich vollständig und wird die nächste Saison das noch fehlende ergänzen. Bei G. F. Schmieder & Comp. dauert der Strike noch fort und scheint derselbe hartnäckig werden zu wollen. Die Arbeiter bestehen auf ihren gerechten Forderungen und Herr Schmieder spricht, daß er nicht zulegen könne; er verbiete so nichts mit der Fabrik und zwingen lasse er sich auch nicht. Nichtsdestoweniger baut derselbe jetzt eine große Fabrik, in der 800—1000 mechanische Webstühle aufgestellt werden sollen.

Gestern Abend wurde hier ein Strike-Vermittlungs-Bureau gegründet aus Arbeitern aller Fabriken, und 2 Mitglieder des Komitees der vereinigten Weber. Herr G. G. Binder, Martinsstraße No. 57, ist als Central-Kassirer gewählt und sind alle Briefe und Sendungen an denselben zu richten.

Gedenket der armen Arbeiter von Meerrane, aber so schnell als möglich! Noch sei bemerkt, daß gestern einige 20 Arbeiter irgendwo gearbeitet haben. Am Mittag, als dieselben zu Tisch wollten, wurden sie nicht heraus gelassen: sie belamen Zwiebellaures zum Mittagessen.

Nachschrift. In vielen Färbereien ebenfalls Strikes! Es sind circa 400 Mann* zu unterstücken.

Meerrane, 23. April. 262 Färberarbeiter haben am 21. wegen Verweigerung der 25% Lohnhöhe die Arbeit eingestellt. Nur der kleinste Färbereibetrieb, Herr Gläsel, hat die 25% bewilligt; die andern suchen auswärtige Arbeiter! Wir bitten, Zuzug fern zu halten. Unterstützung thut noth. Vom sozialdemokratischen Verein Leipzig (durch Seitert) habe ich für die streikenden Weber 2 Thlr. 6 Ngr. erhalten. Stolte.

Telegraphische Depesche.

Meerrane, 24. April. Sieben Appretur-Geschäfte haben die Arbeit eingestellt.

Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Berichtigung: Der Aufsatz in letzter Nummer ist nicht für die Mitglieder der Krankenkasse, sondern für die der Gewerkschaft überhaupt.

* Die streikenden Färber mitgerechnet, oder nicht? Wir bitten um schleunigste Nachricht. Aus dem Wortlaut des Briefes nicht zu erkennen. D. A.

Briefkasten
Der Expedition: H. Kroska, 2. Nothly; Wenn Sie das Blatt nicht regelmäßig erhalten, reklamiren Sie beim Ober-Post-Amt. Sp. Völsfeld: 20 Gr. erhalten. S. Gray: 8 fl. 30 kr. erh., Brief u. Sendung abgegangen. Wechsler: erhalten u. mitgetheilt. S. Meerrane: hat sich durch Bericht in Nr. 32 bereits erledigt. G. G. Rindart: 8 Thlr. 27 Gr. erhalten. Chemnitz: Annonce 8 Gr. A. Mühlstein, 5. Völsfeld, S. Mühlstein: erhalten u. Briefe abgehandelt. Erhalten durch H. A. Sorge, Hofboten: 8 Thlr. für die Familien der „Hochverräther“ und 3 Thlr. 5 Gr. für den „Vollstaar“ wie folgt: Uebelheim, 5. 5 Dollar, Raetzig 2 Dollar u. Fintel 2 Dollar; erhalten zusammen 42 Thlr. 8 London: in der überfandten Nr. Fritale angegriffen. Reitenb. Plüden 3 Thlr. erh. P. Biorzheim: Brief und Sendung folgt. Volksoerem Berbau 5 Thlr. 16 Gr. erhalten. Schmeberg: Unterchrist nicht lesbar.

Der Redakto. P. J. hier: G. G. war nicht Schuld daran, sondern der Mangel an Raum. — „Internationale“ in Brüssel: Im Verzeichniß der sozialistischen Journale ist der „Vollstaar“ ausgelassen. — An die Exped. des „Felleisen“: Seit Anfang dieses Monats ist uns kein Exemplar zugegangen, obgleich wir unser Tauchexemplar regelmäßig absenden. Wir würden gar nicht wissen, daß das „Felleisen“ noch existirt, hätten wir nicht dieser Tage in der „Frankfurter Zeitung“ einen ihm entnommenen Angriff auf die Lehnen des belgischen Nationalitätsprinzips gefunden. — G. in P.: Du bist wirklich noch sehr naiv für einen so alten Praktikus. Verriegelung nach Gummiverchluss macht dem Briefstücker höchstens einen unnutzlichen Gremmverhalt. Meine 13jährige Tochter seite mir netlich die Prozedur auseinandern, die sie von einer ihrer Schulfameradinnen gelernt hat. Daran siehst Du beiläufig, womit man sich im Reich der Gotteshurcht und frommen Sitte beschäftigt — Demotisirung der Seibe.

Für die Streikenden Weber in Meerrane.

Von den Arbeitern der Staatlichen Saubermittelwerke 3 Thaler 1 Gr., von R. und J. auf der Leipzig-Deutscher Eisenbahn 2 Gr. 5 Pf. erhalten. E. Exped. d. „Vollst.“

Wilhelm Meert bittet seine mit ihm korrespondirenden Freunde, Briefe an ihn: Antenstr. 6, III., Chemnitz, zu adressiren.

Sämmtliche Schriften Ferdinand Lassalle's

sind in der Expedition des „Vollstaar“ vorräthig und durch Einsendung des Betrags oder Postnachnahme zu beziehen.

Ein Sortiment der besten Brochüren F. Lassalle's wird gegen Einsendung von einem Thlr. franco verhandelt.

Für Wilkau.

Abendunterhaltung und Kränzchen des Volksvereins zu Wilkau.

Sonntag, den 30. April 1871, im Weibhorn'schen Gasthofe. Anfang 6 Uhr. Die Parteigenossen von nah und fern sind freundlich eingeladen. Das Komitee.

Für Hamburg.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Versammlung am Sonnabend, den 29. April, Abends 9 Uhr, bei Oberbahn, Zeughausmarkt 31. Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht. Gäste haben Zutritt. Seit.

Für Leipzig.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Donnerstag, den 27. April, Abends punkt 7 1/2 Uhr: Versammlung im Saale der „goldenen Säge“, Ecke der Dresdener u. Langenstraße. Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht (Hr. Ulrich). — Fortsetzung des Vortrages und der Debatte über den „Normalarbeitstag“.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

„O Parthenopipa!“

Moreh Morenu Charasch-Basahab, Philosophia Doctor atque Praedicator Revendissimus!

„Lo thuchmód éschet reekha!“

Leipzig: Verantw. Redakto. W. Liebenow; Redaktion: Brauer, 11. Druck u. Verlag: F. Zbielle. (Expedition: Peterstr. 18.)

*) Alles gehen lassen wie es will; Jeden machen lassen, was er will.

*) wäl Hr. v. Bismarck in seinem reactionären Eifer die Diätenlosigkeit durch einen Verfassungsparagraphen hat feststellen lassen.